

► **Karlheinz Töchterle:** Sein Weisenrat plädiert für einen Mix aus Numerus clausus und Studiengebühren – und will neue Geldquellen erschließen

Radikalkur für die Massen-Uni

VON PHILIPP HACKER
UND JULIA HÖDL

Österreichs Unis brauchen einen radikalen Systemwechsel – sonst droht ein Niveauverlust, der langfristig auch den Wohlstand im Land gefährdet. Zu diesem Schluss kommen die drei Uni-Weisen, die im Auftrag von Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP) Grundlagen für einen „österreichischen Hochschulplan“ entwickelt haben, der noch bis Jahresende stehen soll.

Anregungen Sechs Monate lang haben Andrea Schenker-Wicki (Uni Zürich), Antonio Loprieno (Uni Basel) und Eberhard Menzel (Hochschule Ruhr West) Unis und FHs unter die Lupe genommen. Ihre dringlichste Empfehlung: Der **Uni-Zugang** muss geregelt werden. Beim Master- und PhD-Studium generell; beim Bachelor nur dort, wo es mehr Bewerber als Plätze gibt. Die Unis sollen sich ihre Studenten aussuchen dürfen – in einem Kriterien-Mix aus Maturazeugnis und Aufnahmeprüfung.

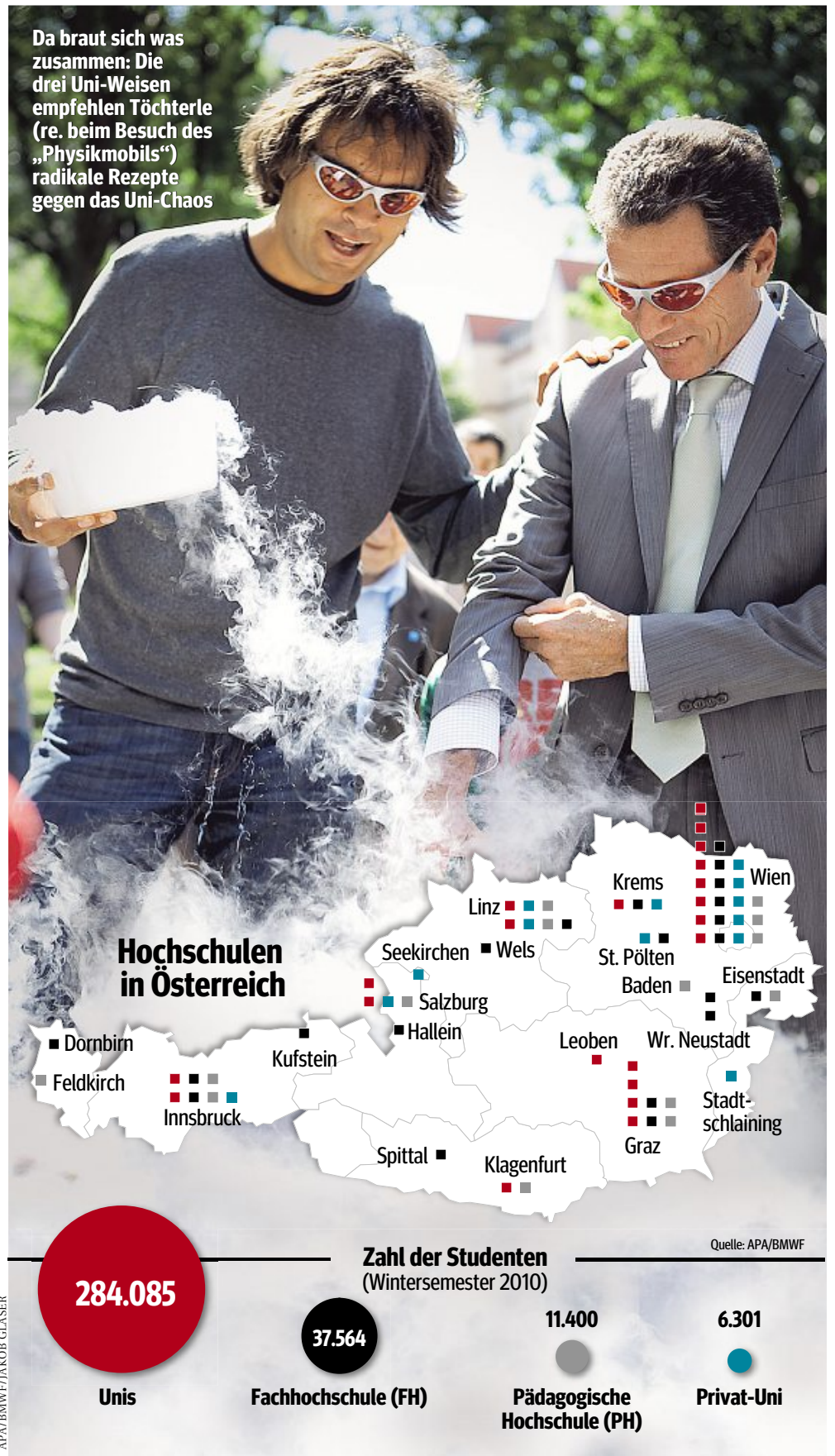
Die von der Regierung eingeführte Studieneingangphase sehen die Experten skeptisch: „Es sollte auf jeden Fall vor Studienbeginn klar sein, wer studieren darf – das sollte sich nicht in die ersten zwei Semester ziehen“, sagt Schenker-Wicki.

Kosten Bei der Finanzierung der Universitäten hat das Experten-Trio ganz konkrete Vorstellungen: Nachdem 20 Prozent der Studierenden (60.000) aus dem Ausland kommen, sollten deren Heimatländer für die Kosten aufkommen – das würde 280 Millionen Euro bringen. Die Bundesländer, die bislang nur bei FHs und Privat-Unis mitzahlen, sollten sich an den Infrastrukturkosten beteiligen – mit 100 Millionen Euro. Noch einmal so viel soll aus der Wirtschaft kommen. Auch die Studenten selbst sollen mitzahlen: **Studiengebühren** würden 220 Millionen pro Jahr bringen; eine teilweise Rückforderung von **Stipendien** nach Ende des Studiums, wie in Deutschland praktiziert, 80 Millionen. In Summe würde all das knapp **800 Millionen** Euro pro Jahr bringen.

Schließlich soll auch die **Verteilung** der Studenten-Masse neu geregelt werden. Derzeit studieren 89 Prozent an Unis, elf Prozent an FHs.

Das Angebot an den Fachhochschulen soll massiv ausgebaut werden, um die Unis zu entlasten. Geht es nach den Experten, sollen bald 40 Prozent an FHs studieren – auch, weil dort rascher und erfolgreicher studiert werde und die Arbeitslosenquote der Absolventen geringer sei. Ein großes Manko der Unis: Rund ein Drittel der Studenten macht so wenige Prüfungen, „dass man davon ausgehen kann, dass sie sich weniger als einen Tag pro Woche dem Studium widmen“, sagt Menzel. 15 Prozent der Uni-Studenten machen laut Statistik keine einzige Prüfung.

Umsetzung Konkret geplant sind vorerst zwei Dinge: Töchterle will noch im Herbst eine „Hochschulkonferenz“ aus Unis, FHs und Politik ins Leben rufen, die die Studienangebote abstimmen soll. Bis Jahresende soll es auch ein Modell für eine Studienplatzfinanzierung an den Unis geben.



► Nachgefragt

„Auch deutsche Studierende sind Bereicherung“

Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP) über...

... die Finanzierungs-Tipps der Experten (280 Millionen vom Ausland, 100 von Bundesländern, 220 durch Studiengebühren): „Das wäre in einigen Belangen ein langer Weg. Schnell und einfach gehen würde es bei Studienbeiträgen, da werden wir auch beginnen. Auch dort, wo es schwierig sein könnte, scheuen wir keinen Versuch. Privatunis in Österreich werden schon stark von Ländern finanziert.“

... den zu erwartenden Studenten-Ansturm im Herbst: „Studierende, auch deutsche, sind eine Bereicherung, keine Bedrohung. Man muss aber Zugänge regeln und steuern. Wir haben 100.000 inaktive Studierende – das erschwert die Planung. Wir müssen die Verbindlichkeit beim Studium erhöhen, die ist stark unterentwickelt. Instrumente dafür sind Zugangsregeln und Studienbeiträge.“

... die Neu-Verteilung der Studenten Richtung Fachhochschulen: „Ich bin dagegen, die Universität extrem aufzu-

blasen. Exzellenz ist mit 800 Studenten in einer Lehrveranstaltung nicht möglich. Wir werden die Fachhochschulen qualitativ und quantitativ ausbauen – und die Unis eher qualitativ.“

... die mögliche Streichung von Universitäten oder Lehrgängen: „Das ist kein aktuelles Thema. Woran wir denken, ist, die Autonomie der Universitäten so zu erweitern, dass sie überlegen können, ob sie sich anders aufstellen möchten. Es ist nicht geplant von unserer Seite, Universitäten zu sistieren.“

INTERVIEW

„Was Helmut Schüller will, gibt es längst im Augsburger Bekenntnis“

BZÖ-Veteran Ewald Stadler wechselt diesen Herbst vom Nationalrat in Wien nach Brüssel. Das EU-Parlament wird von 736 auf 754 Sitze vergrößert, zwei der Zusatz-Mandate erhält Österreich. Die SPÖ entsendet den Volkshilfe-Chef Josef Weidenholzer, das BZÖ den stramm konservativen Katholiken Stadler. Im KURIER-Interview zieht er vorab Bilanz – über die FPÖ, Homosexualität und die Krise der Kirche.

KURIER: Sie nennen sich „wehrhafter Christ“. Was sagen Sie zur Kirchenkritik von Ex-Generalvikar Helmut Schüller?
Ewald Stadler: Was er will, das gibt es seit Mitte des 16. Jahrhunderts im Augsburger Bekenntnis und seither in wei-

teren zahlreichen Sekten. Er will eine andere Kirche; die kann er haben, aber außerhalb der römischen Kirchen. Dort kann ja auch seine Unterstützerin Christine Mayr-Lumetzberger gleich Pöpstin werden (Die Lehrerin setzt sich für das Frauen-Priestertum ein, Anm.).

Ein Reizthema war für Sie immer Homosexualität. Wie geht es Ihnen in der eigenen Partei mit Leuten, die schwul sind?

Ich habe heute einen unbefangenen Umgang damit. Ich habe Menschen kennengelernt, die ich unglaublich schätze, die zu ihrer homosexuellen Veranlagung stehen. Aber ich will keine Namen nennen. Dies wäre unfair.

Wenn Sie im Herbst nach Brüssel gehen, verliert mit Ihnen das BZÖ einen scharfen Redner in Wien. Sie gelten nicht gerade als Freund der EU. Gehen Sie nur, weil das Mandat an die FPÖ fiele, wenn sie verzichten?

Ja, das ist mein Hauptmotiv. Es wäre Wählerverrat. Wenn unsere Wähler den Mölzer und seine Truppe gewollt hätten, dann hätten sie auch anders gewählt. Sie wollten aber einen Vertreter.

Sie werden mit FPÖ-Mandatar Andreas Mölzer kein Austro-Duo in Brüssel bilden?

Er wäre kein Partner. Ich verhandle mit einer Fraktion. Ich sage noch nicht mit welcher, aber es ist keine Narrensaum-Fraktion, son-

dern eine, der ich mich inhaltlich nahe fühle.

Was sagen Sie zum FPÖ-Ausschluss von Werner Königshofer? Er hat nach dem Massaker von Oslo aufgefordert, über die Abtreibungen in Europa nachzudenken...

Ich kommentiere FPÖ-Intern nicht mehr. Aber der Vergleich ist unglücklich. Das sage ich als einer, der Abtreibungen aus religiöser Überzeugung ablehnt. Das eine ist entsetzlich, das andere auch, auf einer anderen Ebene.

Als Anwalt verteidigen Sie wegen Stalkings verurteilte Abtreibungsgegner. Darunter Mitglieder von Human Life International, deren



Westwärts wegen Blau: Stadler geht für das BZÖ bald nach Brüssel

Chef Dietmar Fischer will ein „Baby-Holocaustmuseum“. Herr Fischer hat mit Oslo weder direkt, indirekt, noch kommentativ etwas zu tun.

Der Vergleich Oslo/Abtreibung ist nicht okay, der Ver-

gleich zwischen Holocaust und Abtreibung schon?

Er meint das provokativ. Das ist seine Sache, ich richte Klienten sicher nicht über die Medien aus, ob sie etwas richtig oder falsch machen.
– Dominik Sinnreich